



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2019

---

**Die ideologische Halbierung der deutschen Unionsparteien. Thomas  
Biebrichers Analyse der ›geistig-moralischen Wende‹**

Beckstein, Martin

Abstract: Rezension von: Thomas Biebricher (2018): Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus, Berlin: Matthes Seitz. 320 S., ISBN 978-3-95757-608-8

DOI: <https://doi.org/10.18156/eug-1-2019-rez-2>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-174126>

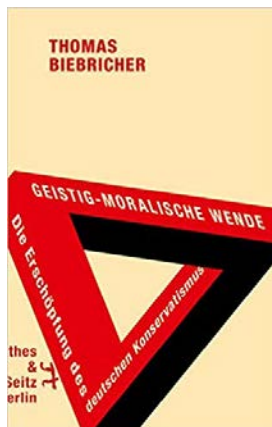
Journal Article

Published Version

Originally published at:

Beckstein, Martin (2019). Die ideologische Halbierung der deutschen Unionsparteien. Thomas Biebrichers Analyse der ›geistig-moralischen Wende‹. Ethik und Gesellschaft, (1):1-9.

DOI: <https://doi.org/10.18156/eug-1-2019-rez-2>



⇒ **Martin Beckstein**

## Die ideologische Halbierung der deutschen Unionsparteien. Thomas Biebrichers Analyse der ›geistig-moralischen Wende‹

Grundsätzlich muss nicht überraschen, wenn eine demokratische Partei nach vierzehn Jahren Regierungstätigkeit mitsamt Kanzlerschaft Einbußen in der Wählergunst hinnehmen muss. Aus demokratietheoretischer Sicht sollte man es sogar begrüßen. Das Theorem des *losers content* besagt schließlich, dass eine Demokratie den in Wahlen unterlegenen Parteien den Platz auf der Oppositionsbank nicht zuletzt durch die Inaussicht-Stellung eines Machtwechsels bei der nächsten Wahl schmackhaft machen möchte. Nur scheinen die derzeitigen, durch die deutschen Unionsparteien zu erleidenden Wählerabwanderungen mit einer geradezu tektonischen Verschiebung in der Parteienlandschaft einherzugehen, einer Verschiebung zumal, die sämtliche westliche Demokratien zu betreffen scheint. Und so verlangt der aktuelle Wählerschwund der Union nach einer tiefergreifenden Erklärung. Und auch muss als zweifelhaft gelten, dass die SPD allein aufgrund der jahrelangen Tätigkeit als Juniorpartner in einer großen Koalition auf die eines Juniorpartners würdige Größe zusammengeschrunpft ist.

Im hier zu besprechenden Band schickt sich Thomas Biebricher an, zu einer solchen Erklärungsfindung im Hinblick auf die Union beizutragen. Konkret beabsichtigt er dies dadurch, dass er deren programmatisch-ideologische Entwicklung seit 1982 diskursanalytisch nachzeichnet. In jenem Jahr nämlich forderte Helmut Kohl mit großem Pathos eine ›geistig-moralische Wende‹ ein: weg vom Geist von 1968 und hin zu jenem von 1948. Doch anstatt an selbiger im Rahmen seiner Kanzlerschaft konsequent zu arbeiten, so zeigt uns Biebricher, beließ es Kohl – abgesehen von gelegentlichen erinnerungspolitischen Nadelstichen – bei der Forderung in Worten. Seine gestal-

tungspolitischen Taten, beispielsweise in der Familienpolitik, läuteten hingegen den sukzessiven Ausverkauf der mit der politischen Rechten verbundenen und von der Union traditionell vereinnahmten Positionen ein. Unter

---

**Thomas Biebricher (2018):** Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus, Berlin: Matthes & Seitz. 320 S., ISBN 978-3-95757-608-8, EUR 28,00.

---

**DOI: 10.18156/eug-1-2019-rez-2**

der Federführung von Angela Merkel wurde dieser Ausverkauf dann unter anderem mit dem Ausstieg aus der Atomenergie, der Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe und der Öffnung der Grenzen im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 energisch – und bis zur Selbstaufgabe – vorangetrieben.

Biebrichers umfassend recherchierte, ideengeschichtlich informierte, eloquent vorgetragene und mit großem Sachverstand für die verschiedenen Politikfelder geschriebene Studie weist auf eine strukturelle Kontinuität hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der Union während der Kanzlerschaften Kohls und Merkels hin. Sie rückt damit den in jüngster Zeit immer schriller zu vernehmenden Vorwurf, Merkel (allein) habe die Partei ›sozialdemokratisiert‹, historisch ins rechte Licht. Wichtiger noch: Biebricher bezweifelt, dass die Entwicklung mit dem Begriff der ›Sozialdemokratisierung‹ richtig benannt wird – und zwar nicht nur deshalb, weil der Prozess zumindest als von einer neoliberalen Wende ergänzt, wenn nicht überlagert gelten müsste. Letztlich haben wir es im Fall der Union, so Biebricher, nämlich weniger mit einer positiven Hinwendung zur politischen Mitte zu tun als mit einer inhaltlichen Entkernung; einer ersatzlosen Streichung ideologischer Richtwerte, die bei der Union eben auf eine Entkonservatisierung hinauslaufe, und die im merkelschen Begriff von Politik als eines auf Krisenbewältigung reduzierten »Auf-Sicht-Fahrens« (297) ihren Kulminationspunkt gefunden habe.

Doch diese programmatische Entwicklung der Union bildet im Grunde nur den narrativen Hintergrund von Biebrichers im Titel angezeigter eigentlicher These, der zufolge der Konservatismus (und wie im Schlussabschnitt des Buches unvermittelt nachgedoppelt wird: mittelbar auch die Demokratie) in Deutschland an einem Erschöpfungssyndrom leidet. Für eine Bewertung, und zuvor überhaupt um ein Verständnis dieser These zu erlangen, ist es nötig, auf die ideengeschichtlichen und politiktheoretischen Dimensionen des Buches einzugehen, die sich im Kern um die Unterscheidung zwischen Konservatismus und Rechtspopulismus drehen.

Diesbezüglich ist es Biebricher zuvorderst als großes Verdienst anzurechnen, dass er in fesselnder Manier eine Vielzahl solcher, untereinander keineswegs homogener, zumeist aber gehaltvoller Eingaben vonseiten Intellektueller in Erinnerung ruft, die die je ihrigen Vorstellungen konservativer Politik nicht nur propagierten, sondern auch an die Tradition konservativen Denkens rückzubinden und durch theoretische Fundierung mit Sinn zu füllen versuchten. Allein wer meint, dass auf die ideengeschichtliche Landkarte der deutschen Nachkriegszeit neben Theodor W. Adorno, Max Horkheimer oder Jürgen

Habermas auch ein Hermann Lübke, Odo Marquard oder Günter Rohrmoser einzuzeichnen seien, wird auf seine Kosten kommen. Selbiges gilt auch für Arnold Gehlen, der – wie uns Biebricher pointiert erinnert – die aktuell für so innovativ gehaltene Unterscheidung zwischen kosmopolitischen *Anywheres* und kommunitarischen *Somewheres* in all ihrer politischen Relevanz und konzeptuellen Unterkomplexität bereits 1969 ausbuchstabierte (vgl. 273–277).

Eine kritische Distanz (oder sollte man von einer konservativen Skepsis sprechen?) gegenüber akademischen Modeerscheinungen geht auch aus Biebrichers Populismusverständnis hervor, das er von der seit einigen Jahren heiß entbrannten Fachdebatte weitgehend uneindrückt entwickelt. Populismus wird mal mit Demagogie gleichgesetzt, mal über den inszenierten Tabubruch oder gar die Nutzung verfänglicher rhetorischer Fragen gekennzeichnet (vgl. z.B. 137f.). Rechtspopulismus erscheint so schlicht als die massenwirksame Verfolgung rechtsorientierter Politik. Um das Phänomen der AfD zu erklären, glaubt Biebricher also, keinen neuartigen politikwissenschaftlichen Fachterminus zu benötigen. Die Partei ist einfach die Asylstätte für die parteipolitisch heimatlos gewordenen, da von der Union seit 1982 sukzessive vergraulten Verfechter eines »substanziellen Konservatismus« (18).

Dies leuchtet durchaus ein. Denn während die »geistig-moralische Wende« in gestaltungspolitischer Hinsicht Kohls uneingelöstes Versprechen blieb, vermochte sie aus symbolpolitischer Sicht immerhin dazu beizutragen, die Repräsentationslücke am rechten Rand zu kaschieren. Merkel hingegen sendete von Anfang an ganz anders geartete Signale an die Wählerschaft; Signale, die als progressiv wahrgenommen wurden, lange bevor sie Harvard-Absolventen in Obama-Manier zurief, dass alles, was fest gefügt und unveränderlich erscheint, verändert werden könne. Die rechte Flanke wurde unter Merkel auch dem Anspruch nach geräumt, und damit der Weg für eine aus gestaltungspolitischer Hinsicht rechtsorientierte Partei wie der AfD geebnet – vielleicht auch einer rückbesinnlichen CSU, die ja immerhin 2018 in der Person eines ehemaligen Bundeskabinettsmitglieds (Alexander Dobrindt) das kohlsche Versprechen erneuerte.

Nun wäre selbst die Etablierung einer Partei rechts der Union, die den »substanziellen Konservatismus« parteipolitisch monopolisiert, immer noch kein Grund, auf die Erschöpfung des Konservatismus in Deutschland zu schließen. Um genau dies dennoch zu begründen, ist ein weiteres, dreigliedriges Argument nötig, das Biebricher in seiner Studie zwar strukturell anlegt, aber nicht systematisch entwickelt, und dessen Überzeugungskraft zweifelhaft ist.

Erstens, so legt Biebricher im Schlussteil (292f.) seiner Studie nahe, lebt in den Unionsparteien ein – im Folgenden noch näher zu erläuternder – »prozeduraler Konservatismus«, vielleicht sogar in ungekannter Blüte, fort. Das neu entstandene Schisma zwischen einem in der AfD sich manifestierenden »substanziellen« und einem in der CDU repräsentierten »prozeduralen« Konservatismus sei zweitens aber nicht als parteipolitischer Entkopplungsprozess zweier Ideologien oder Konzeptionen von Konservatismus zu begreifen. Wie der Autor in seiner »Anatomie des Konservatismus« (Kapitel 1, 17–44) beharrlich darlegt, handele es sich vielmehr um zwei theoretisch untrennbar verbundene und aufeinander angewiesene Dimensionen einer einzigen Ideologie, um »unterschiedlich[e] Aspekte *eines* Konservatismus« (18; Herv. i.O.). Daraus folgt drittens, wie wiederum im Schlussteil (293f.) erläutert wird, dass die Union einerseits und die AfD andererseits heute je nur für einen verstümmelten Konservatismus stehen. Die Rede von der Erschöpfung des Konservatismus in Deutschland würde also bedeuten, dass der nur als Gesamtpaket zu habende substanziell-prozedurale Konservatismus heute keine Rolle mehr in der Parteipolitik spielt. Was versteht Biebricher also unter den zwei Dimensionen des Konservatismus und weshalb sollten sie notwendig zusammengehören?

Der »substanzielle« Konservatismus, lehrt uns Biebricher, meint überzeitliche Wahrheiten und Werte zu kennen; dass der Mensch ein autoritäts- und führungsbedürftiges Wesen sei; dass Bürger nicht nur Sozialleistungsempfänger, sondern auch aufopferungsbereite Patrioten sein müssten oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften widernatürlich seien. Dieser Konservatismus könne dieser Wahrheiten und Werte in ihrer Konkretion gleichwohl nur durch die Konfrontation mit einem konkreten Herausforderer gewahr werden – dem Liberalismus, dem Sozialismus, dem »Geist von 1968« oder eben »Brüssel« und dem »politischen Islam« – und geriere sich deshalb als tragisch-reaktionäre Kraft. Im Versuch der Zementierung der gerade vergehenden Gegenwart sei er zum ewigen Scheitern verdammt. Der »prozedurale« Konservatismus hingegen kennzeichnet sich durch eine Skepsis gegenüber Fortschrittsprojekten. Er sieht in etablierten Institutionen das Resultat langwieriger und komplizierter Aushandlungsprozesse. Er weist auf die mit institutionellem Wandel verbundenen Transitionskosten und Risiken hin und findet seine Quintessenz in der von Martin Kriele geprägten und von Hermann Lübke popularisierten Formulierung einer »widerleglichen Vermutung für die Vernünftigkeit des Bestehenden« (vgl. 113) seinen Ausdruck.

Der ›prozedurale Konservatismus‹ wurde abgesehen von Vertretern der Ritter-Schule auch in der angelsächsischen Tradition theoretisch ausgeprägt und seit der Jahrtausendwende (z.B. Brennan/Hamlin 2004; O'Hara 2017; siehe auch Beckstein/Cheneval 2016) weiterentwickelt. Er kann einige Konsistenz für sich verbuchen und darüber hinaus den Anspruch erheben, Argumente im Sinne des öffentlichen Vernunftgebrauchs zu formulieren. Der ›substanzielle Konservatismus‹ entspricht dagegen einer ›umfassenden Lehre des Guten‹ (Rawls), die zumindest in sich nachvollziehbar ist und in der Sekundärliteratur manchmal ›metaphysischer Konservatismus‹ genannt wird (vgl. z.B. Trimcev 2019).

Aber weshalb sollte man diese beiden Standpunkte zu einem einzigen konservativen ›Ismus‹ vermengen wollen? Biebricher gesteht zwar »beträchtliche Instabilitäten in dessen Architektur« (18) ein, insistiert aber – zumal ja sein gesamtes Argument darauf basiert – auf der wesensmäßigen Zusammengehörigkeit der Bestandteile. Doch kommt es ja nicht von ungefähr, dass sich Vertreter des prozeduralen Konservatismus üblicherweise nicht nur vom substanziellen Standpunkt distanzieren, sondern selbigen sogar als zum ihrigen in diametraler Opposition befindlich betrachten. Als Abgrenzungsbezeichnungen kursieren dementsprechend Begriffe wie »Orthodoxie« (Muller 1997), »Reaktion« oder »rückwärtsgewandter Progressivismus« (Huntington 1957). Der substanzielle Konservatismus maßt sich an, über ein gesichertes Wissen letzter und vorletzter Dinge zu verfügen, wohingegen der Ausgangspunkt des prozeduralen Konservatismus die epistemologische Bescheidenheit ist. Man kann nicht zugleich Gewissheit über überzeitliche Wahrheiten und Werte zu haben behaupten und die Möglichkeit einer solchen Gewissheit als aus dem Bereich menschlicher Verstandestätigkeit verbannt erachten.

Während Biebricher diesen fundamentalen Widerspruch ausblendet, stellt er einige andere Überlegungen zur Plausibilisierung der Zusammengehörigkeit und Aufeinanderbezogenheit der beiden Denkweisen an. Eine davon ist die oft vorgetragene Behauptung, Konservatismus sei wesensmäßig reaktiv, weil er ohne konkrete Herausforderer nicht wissen könne, was er erhalten wolle. Einleuchtend daran ist in erster Linie, dass Verfechter eines ideologischen Standpunkts nur aktiv werden müssen, wenn sie etwas Bestehendes und für richtig Gehaltenes als bedroht erachten. Nur gilt dies eben für alle politischen Lager. Ein überzeugter Liberaler kann in einer liberalen Ordnung solange friedlich weiterschummern, bis ein oppositioneller Akteur (oder ein außerpolitischer Faktor) die Fortexistenz einer liberalen Institution bedroht. Eine zweite Überlegung Biebrichers richtet sich auf

das »konservativ[e] Dilemm[a]« (117), den Status quo in einer sich stets verändernden Welt erhalten zu wollen, womit »heute das als bewährt verteidig[t]« werden muss, »was noch vorgestern als spekulative Bilderstürmerei galt« (38). Aber der prozedurale Konservatismus will ja nicht die Geschichte einfrieren, sondern bringt primär widerlegliche epistemologische, risikoethische und werttheoretische Gründe gegen rationalistisch (und metaphysisch) begründete Innovationsforderungen vor, wie auch jedes Erhaltungsvorhaben auf einer Theorie von Identität über Zeit basiert, die eine gehörige Toleranz gegenüber gewissen Veränderungen aufweisen muss. Entsprechend meinen etwa die meisten von uns, dass sie nicht aufhören, sie selbst zu sein, nur weil sie älter werden oder den Job wechseln.

Biebrichers Anatomie des Konservatismus ist methodisch wohl auch einem latent nominalistischen Vorgehen geschuldet, das unabhängig von einer inhaltlichen Prüfung mitunter als konservativ zu akzeptieren geneigt ist, was konservativ genannt wird. Demgemäß wird Edmund Burke nicht nur aufgrund seines Rufs als Ahnherr des Konservatismus als zentrale Inspirationsquelle für die Bestimmung des Konservatismusbegriffs herangezogen (20); es scheint gelegentlich auch so, als nehme Biebricher das irgendwo und irgendwann von Burke Gesagte als hinreichenden Beleg für die Konservativität des Gesagten. Das von Burke in den *Reflections on the Revolution in France* (1790) befürwortete und von einem Erhaltungs- und Tradierungsprinzip unterschiedene »Verbesserungsprinzip« wird dementsprechend ohne tiefere Begründung als ebenso genuin konservativ eingestuft, wie aus Burkes zeitweiliger Befürwortung einer militärischen Restauration des Ancien Régime in den *Letters on a Regicide Peace* (1796) geschlossen wird, die Absicht, das Rad der Zeit zurückzudrehen, stelle einen »nicht zu leugnenden Bestandteil der konservativen Erfahrung« (42) dar. Angesichts dieser streitbaren Harmonisierung von Burkes oftmals tagespolitisch orientierten Betrachtungen muss es nicht überraschen, dass aus den »architektonischen Instabilitäten« letztlich doch »inhärent[e] Paradoxien« (37) werden.

Biebrichers These von der Erschöpfung des Konservatismus in Deutschland kann damit nicht als über jeden Zweifel erhaben gelten. Zu welchen Schlussfolgerungen hätte ihn eine analytischere Vorgehensweise gebracht? Hätte er, wie oben angedeutet, auf einen parteipolitischen Entkopplungsprozess zweier distinkter Ideologien geschlossen, wie er an einer Stelle in Erwägung zu ziehen scheint, wenn er anstatt von einer »Erschöpfung« oder »Auszehrung« des Konservatismus von einer ideologisch »halbierten« (296) Union spricht? Wie wäre das Fazit über den Zustand des Konservatismus in



Deutschland ausgefallen, hätte die Untersuchung nicht *ex ante* der Union dessen exklusive parteipolitische Repräsentanz zugebilligt? Hätte Biebricher statt einer Erschöpfung heterogene Diffusionsprozesse ausgemacht, da dem ökologischen Nachhaltigkeitsgedanken der Grünen und den Bemühungen der SPD, die Erosion des bismarckschen Wohlfahrtsstaats zu verlangsamen, die Anschlussfähigkeit an den prozeduralen Konservatismus gewiss nicht vollends abgesprochen werden kann? All dies muss dahingestellt bleiben. Wir dürfen Biebricher aber dankbar sein, dass er mit seiner Studie solche Fragen auf so anregende und kurzweilige Weise aufgeworfen hat.



## ⇒ Literaturverzeichnis

Beckstein, Martin / Cheneval, Francis (2016): Conservatism: Analytically Reconsidered, in: The Monist 99, 333–335.

Brennan, Geoffrey / Hamlin, Alan (2004): Analytic Conservatism, in: British Journal of Political Science 34 (4), 675–691.

Huntington, Samuel P. (1957): Conservatism as an Ideology, in: The American Political Science Review 51 (2), 454–473.

Muller, Jerry Z. (1997): »Introduction«, in: Conservatism: An Anthology of Social and Political Thought from David Hume to the Present, Princeton: Princeton University Press, 3–31.

O'Hara, Kieron (2016): Conservatism, Epistemology and Value, in: The Monist 99, 423–440.

Trimcev, Eno (2019): Conservatism: Empirical or Metaphysical? In: Cosmos + Taxis 6:3+4, 3–14.

---

Martin Beckstein, \*1980, PD Dr. rer. pol. habil., Philosophisches Seminar, Universität Zürich (martin.beckstein@philos.uzh.ch).

---

**Zitationsvorschlag:**

Beckstein, Martin (2019): Die ideologische Halbierung der deutschen Unionsparteien. Thomas Biebrichers Analyse der ›Geistig-moralischen Wende‹. (Ethik und Gesellschaft 1/2019: Öffentliche Theologie). Download unter: [https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2019\)-rez-2](https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2019)-rez-2) (Zugriff am [Datum]).



**ethikundgesellschaft**  
**ökumenische zeitschrift für sozialetik**

**1/2019: Öffentliche Theologie**

Florian Höhne: »Öffentlichkeit« als Imagination und Ensemble sozialer Praktiken. Zur Relevanz einer Schlüsselkategorie Öffentlicher Theologie in digitalen Kontexten

Frederike van Oorschot: Iudex, norma et regula? Zur Schrifthermeneutik Öffentlicher Theologie

Christiane Alpers: Gott und Mensch in der Öffentlichkeit. Zur Sakramentalität des Säkularen

Andreas Telser: Konturen Öffentlicher Theologie im Werk David Tracys

Julian Zeyher-Quattlender: Öffentliche Theologie. Eine lutherische Aneignung

Tobias Faix: »Wie spricht die Kirche zu unserer Welt?« Von Charles Taylors ›Bewohnenden‹ und ›Suchenden‹ und deren Bedeutung für die Kirche